

Zehnte Sitzung – Dixième séance

Donnerstag, 10. Juni 2010
Jeudi, 10 juin 2010

08.15 h

09.060

Für die Ausschaffung krimineller Ausländer (Ausschaffungs-Initiative). Volksinitiative. Änderung des AuG Pour le renvoi des étrangers criminels (Initiative sur le renvoi). Initiative populaire. Modification de la LEtr

Schlussabstimmung – Vote final

Botschaft des Bundesrates 24.06.09 (BBI 2009 5097)
Message du Conseil fédéral 24.06.09 (FF 2009 4571)

Ständerat/Conseil des Etats 10.12.09 (Ordnungsantrag – Motion d'ordre)

Ständerat/Conseil des Etats 18.03.10 (Erstrat – Premier Conseil)

Ständerat/Conseil des Etats 18.03.10 (Fortsetzung – Suite)

Nationalrat/Conseil national 02.06.10 (Zweitrat – Deuxième Conseil)

Nationalrat/Conseil national 02.06.10 (Fortsetzung – Suite)

Ständerat/Conseil des Etats 07.06.10 (Differenzen – Divergences)

Nationalrat/Conseil national 08.06.10 (Differenzen – Divergences)

Ständerat/Conseil des Etats 09.06.10 (Differenzen – Divergences)

Ständerat/Conseil des Etats 10.06.10 (Schlussabstimmung – Vote final)

Nationalrat/Conseil national 10.06.10 (Schlussabstimmung – Vote final)

Ständerat/Conseil des Etats 18.06.10 (Schlussabstimmung – Vote final)

Nationalrat/Conseil national 18.06.10 (Schlussabstimmung – Vote final)

Text des Erlasses 2 (BBI 2010 4241)

Texte de l'acte législatif 2 (FF 2010 3853)

Text des Erlasses 3 (BBI 2010 4243)

Texte de l'acte législatif 3 (FF 2010 3855)

3. Bundesbeschluss betreffend die «Aus- und Wegweisung krimineller Ausländer im Rahmen der Bundesverfassung» (Gegenentwurf zur Volksinitiative «für die Ausschaffung krimineller Ausländer (Ausschaffungs-Initiative)»)

3. Arrêté fédéral concernant le contre-projet «Expulsion et renvoi des criminels étrangers dans le respect de la Constitution» (contre-projet à l'initiative populaire «pour le renvoi des étrangers criminels (Initiative sur le renvoi)»)

Präsidentin (Forster-Vannini Erika, Präsidentin): Gemäss Artikel 101 Absatz 3 des Parlamentsgesetzes findet die Schlussabstimmung über den Bundesbeschluss über den Gegenentwurf spätestens acht Tage vor dem Abschluss der Session vor Ablauf der Behandlungsfrist der Volksinitiative statt. Deshalb müssen heute beide Räte die Schlussabstimmung über den genannten Gegenentwurf durchführen.

Inderkum Hansheiri (CEg, UR), für die Kommission: Ich kann mich sehr kurz fassen; die Präsidentin hat eigentlich alles gesagt und insbesondere auch auf die einschlägige Bestimmung in Artikel 101 des Parlamentsgesetzes hingewiesen. Ich erinnere Sie daran, dass wir gestern beschlossen haben, beim direkten Gegenentwurf den Beschlüssen des Nationalrates zuzustimmen.

Ich beantrage Ihnen hiermit, diesem Bundesbeschluss zuzustimmen.

Ich möchte noch darauf hinweisen, dass beim deutschen Text das falsche Datum steht: Der Bundesbeschluss datiert nicht vom 18. Juni, sondern von heute, dem 10. Juni 2010; beim französischen Text ist es richtig wiedergegeben.

Abstimmung – Vote

Für Annahme des Entwurfes ... 35 Stimmen

Dagegen ... 6 Stimmen

(4 Enthaltungen)

09.067

Für ein gesundes Klima. Volksinitiative. CO2-Gesetz. Revision Pour un climat sain. Initiative populaire. Loi sur le CO2. Révision

Frist – Délai

Botschaft des Bundesrates 26.08.09 (BBI 2009 7433)

Message du Conseil fédéral 26.08.09 (FF 2009 6723)

Nationalrat/Conseil national 17.03.10 (Erstrat – Premier Conseil)

Nationalrat/Conseil national 19.03.10 (Fortsetzung – Suite)

[Bericht UREK-SR 26.04.10](#)

[Rapport CEATE-CE 26.04.10](#)

Nationalrat/Conseil national 31.05.10 (Fortsetzung – Suite)

Nationalrat/Conseil national 01.06.10 (Fortsetzung – Suite)

Ständerat/Conseil des Etats 10.06.10 (Frist – Délai)

Präsidentin (Forster-Vannini Erika, Präsidentin): Sie haben einen schriftlichen Bericht der Kommission erhalten. Die Kommission beantragt einstimmig unter dem Vorbehalt, dass der Nationalrat in der Sommersession 2010 die Totalrevision des CO2-Gesetzes in der Gesamtabstimmung annimmt, die Frist für die Behandlung der Volksinitiative um ein Jahr, das heisst bis zum 29. August 2011, zu verlängern.

Schweiger Rolf (RL, ZG), für die Kommission: Die Situation ist die folgende: Am 29. Februar 2008 hat der Verein Klima-Initiative die Volksinitiative «für ein gesundes Klima» eingereicht. Darin wird verlangt, dass die landesweit emittierten Treibhausgase bis ins Jahr 2020 um mindestens 30 Prozent zurückgehen, dies im Vergleich zum Jahr 1990.

Der Bundesrat anerkennt die Stossrichtung des Anliegens als richtig, vertritt aber die Auffassung, dass der Prozentsatz zu hoch sei. Dies hat den Bundesrat und auch die nationalrätliche Kommission und dann auch den Nationalrat bewegen, einen indirekten Gegenvorschlag auszuarbeiten, dies in der Form einer Gesamtrevision des CO2-Gesetzes. Der Nationalrat hat dieses Geschäft behandelt und im Verlauf dieser Session die Gesamtabstimmung darüber durchgeführt. Sowohl die Initiative wie der Gegenvorschlag, also das CO2-Gesetz, kommen nun in unseren Rat, und auch wir beabsichtigen, diesen indirekten Gegenvorschlag in Richtung Revision des CO2-Gesetzes zu unterstützen und auszuarbeiten. Dies ist uns aber selbstverständlich in der kurzen uns zur Verfügung stehenden Zeit nicht möglich, weshalb es nötig ist, die Frist um ein Jahr zu verlängern.

Deshalb bitte ich Sie, diesem Antrag zuzustimmen. Ich glaube zwar, dass keine Abstimmung darüber notwendig ist, da kein ihm entgegenstehender Antrag gestellt worden ist.

Angenommen – Adopté